



- Es gilt das gesprochene Wort -

Grußwort

zum Fachtag *„Der vorgezeichnete Weg?“*

**Johannes-Wilhelm Rörig,
Unabhängiger Beauftragter für Fragen
des sexuellen Kindesmissbrauchs**

anlässlich

**20 Jahre Tauwetter e. V. – Anlaufstelle für Männer*, die in Kindheit oder
Jugend sexualisierter Gewalt ausgesetzt waren**

am 23. Oktober 2015 in Berlin



Anrede

Ich freue mich sehr, heute hier zu sein, um die Fachtagung zu 20 Jahre Tauwetter zu eröffnen! Die Einladung zu dem „Geburtstagsgrußwort“ ehrt mich sehr.

Natürlich haben wir uns in meinem Arbeitsstab darüber Gedanken gemacht, mit was wir Tauwetter zu seinem 20. Geburtstag erfreuen könnten. Hierzu haben wir uns erst einmal den Jubilar näher angeschaut!

Wenn wir an Tauwetter denken, dann denken wir an 20 Jahre spezialisierte Hilfe für Männer, die von sexueller Gewalt betroffen sind. Wir denken an Ermutigung für männliche Betroffene, ihre Isolation zu überwinden, und die wichtige Hilfe zur Selbsthilfe!

Dafür gebührt allen, die in den letzten 20 Jahren im Tauwetter-Team mitgewirkt haben, größter Dank, enormer Respekt und absolute Hochachtung!

Tauwetter ist ein Leuchtturm in der Fachberatungsszene und ebenso ein wichtiger Partner für Politik und weitere Akteure im Themenfeld! Wir brauchen Ihre Analyse, Ihre Veröffentlichungen, Ihre kritischen und konstruktiven Zwischenrufe und Ihre kreativen Ansätze.

Lieber Herr Schlingmann, wir alle, mein Arbeitsstab und ich, mein Beirat, die Fachszene und viele mehr schätzen Ihre außerordentliche Kompetenz, Ihre kritische Sicht, Ihr unermüdliches Networking, Ihren Rat und Ihre mitunter unbeugsame Haltung. Ihnen gebührt unser besonderer Dank für Ihr 20-jähriges Engagement bei der Hilfe und Unterstützung von Männern, die in ihrer Kindheit sexuelle Gewalt erfahren haben.

Die politische Großwetterlage

Lassen Sie mich zunächst einen ungeschminkten Blick auf die Politik werfen.

Der Monat November 2015 naht und damit auch der vierte Jahrestag der Verabschiedung vieler wichtiger Empfehlungen des Runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch“ (RTKM), aus denen ich jetzt einige herausgreifen möchte.



Zum Beispiel die fest zugesagten verbesserten Hilfen für Betroffene, wie beispielsweise die Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung, das zu reformierende Opferentschädigungsgesetz, das OEG, und das so genannte Ergänzende Hilfesystem, das EHS. Ansprechen werde ich auch eine „Nichtempfehlung“ des RTKM, die aktuell auf wackligen Beinen stehende Einrichtung einer „Unabhängigen Aufarbeitungskommission Kindesmissbrauch“. Und ich möchte die Ergebnisse des RTKM herausgreifen, die Situation der auf sexualisierte Gewalt spezialisierten Beratungsstellen – die wohl am meisten vernachlässigte Empfehlung des RTKM!

Wie steht es aktuell um die politische Großwetterlage in unserem Themenfeld auf der Bundesebene? Haben wir endlich „Tauwetter“ in der Politik, in der großen Koalition oder bei der Opposition? Werden die Belange von Betroffenen wirklich ernstgenommen? Werden von der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag die richtigen Prioritäten gesetzt? Meine Prüfskalen sind der Stand der Umsetzung der Ergebnisse des RTKM, aber auch die vollmundigen politischen Ankündigungen und das immer wieder in Sonntagsreden versprühte Mitgefühl.

Schauen wir uns zunächst die Hilfen für Betroffene an. Schnelle und unbürokratische Hilfen wurden Betroffenen 2011 von drei Bundesministerinnen versprochen.

Wie sieht es bei den Hilfen aus?

Auch vier Jahre (!) nach Ende des RTKM hat es das Bundessozialministerium, hat es Frau Bundesministerin Nahles, auch nach knapp zweijähriger Amtszeit nicht geschafft, einen Referentenentwurf zur OEG-Reform vorzulegen und damit endlich ein Gesetzgebungsverfahren einzuleiten. Inzwischen müssen wir ernsthaft damit rechnen, dass diese – ohne Zweifel komplexe – Reform in der laufenden Legislaturperiode überhaupt nicht mehr umgesetzt wird. Es deutet auch vieles darauf hin, dass wichtige Reformvorschläge, die endlich zu Erleichterungen für Betroffene führen würden, völlig aus dem Blick geraten sind.

Auch die vom RTKM vorgesehenen ergänzenden Hilfen – als überbrückende Hilfen während der Reform der Regelsysteme wie des OEGs gedacht - sind leider keine Erfolgsgeschichte: nicht der Fonds Sexueller Missbrauch für Betroffene im familiären Kontext und auch nicht die ergänzenden Hilfen für Betroffene aus dem institutionellen Bereich.



Die von den drei Bundesministerinnen am 30. November 2011 enthusiastisch versprochenen 100 Mio. Euro für den Fonds für familiär Betroffene sind bis heute nicht zusammengebracht. Lediglich knapp 60 Mio. Euro sind eingezahlt, davon 50 Mio. Euro durch den Bund, und anteilig nach „Königsteiner Schlüssel“ die weiteren knapp 10 Mio. Euro durch Bayern und Mecklenburg-Vorpommern.

Das heißt, dass sich 14 Bundesländer, auch Berlin, weiterhin weigern, ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung gegenüber Betroffenen, die sexuellen Missbrauch im familiären Bereich erlitten haben, Rechnung zu tragen. Besonders kritisch ist aus meiner Sicht, dass der Bund die 14 säumigen Länder zulasten von Betroffenen nun still und heimlich aus der Pflicht zu entlassen scheint, zumindest ist Gegenteiliges nicht zu vernehmen!

Bürokratisches Versagen durchzieht die ergänzenden Hilfen von Anfang an. Den rumpligen Start unter Ministerin Dr. Schröder brauche ich hier nicht mehr zu erwähnen. Bis heute gibt es einen absolut unerträglichen Bearbeitungsrückstau von einem ganzen Jahr (!) - und Abhilfe ist leider nicht in Sicht.

Völlig inakzeptabel ist aus meiner Sicht auch, dass der Fonds bereits Mitte 2016 schon wieder geschlossen werden soll. Anträge werden dann nicht mehr entgegengenommen werden, obwohl viele Betroffene wegen der wirklich mangelhaften Öffentlichkeitsarbeit noch nicht einmal wissen, dass es diese Hilfen überhaupt gibt!

Ich sage deshalb, dass diese Hilfen mindestens so lange bestehen bleiben müssen, bis die Reform des OEG in Kraft getreten ist. Möglicherweise müssen die ergänzenden Hilfen nach der Reform des OEG weiter bestehen, damit sie den Betroffenen zugutekommen können, wenn das neue Soziale Entschädigungsrecht hinter den vom RTKM definierten Erwartungen zurückbleibt - und es nach wie vor für Betroffene schwierig bleibt, die erforderlichen Nachweise zu erbringen.

Sollten die ergänzenden Hilfen tatsächlich zu früh eingestellt werden, dann müssen die restlichen Fondsmittel und auch die noch fehlenden 40 Mio. Euro der säumigen 14 Bundesländer für diejenigen Betroffenen, die die notwendige Unterstützung durch Regelsysteme gerade nicht erhalten, ungekürzt zur Verfügung stehen.



Wie steht es um die Aufarbeitungskommission?

Leider gibt es auch in Sachen künftige „Unabhängige Aufarbeitungskommission Kindesmissbrauch“ aktuell keinen Erfolg zu verkünden.

Dabei brauchen wir diese Kommission so dringend, weil sie Ausmaß und Ursachen von Missbrauch in Institutionen und in der Familie untersuchen soll, und weil sie Betroffene und Zeitzeugen anhören, Forschung vorantreiben und Berichte und Empfehlungen veröffentlichen soll.

Wir brauchen diese Kommission auch so dringend, weil wir eine viel breitere gesellschaftliche Debatte zum sexuellen Kindesmissbrauch brauchen. Die riesige Dimension von sexueller Gewalt an Mädchen und Jungen und ihre schweren Folgen müssen endlich und viel stärker ins Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit gehoben werden. Aber natürlich auch in das Bewusstsein der Menschen, die politische Verantwortung tragen, die Verantwortung für Kinder tragen, aber nach wie vor zu wenig gegen sexuellem Missbrauch unternehmen!

Die Berufung der sieben Kommissionsmitglieder möchte ich eigentlich noch in diesem Jahr durchführen, musste die Vorbereitungen aber zunächst auf Eis legen. Die Sicherstellung der Aufarbeitung ist zwar im Koalitionsvertrag vorgesehen und von höchster gesamtgesellschaftlicher Relevanz, auch hat der Deutsche Bundestag im Juli 2015 grünes Licht für die Einrichtung einer Aufarbeitungskommission gegeben, aber die erforderlichen finanziellen Mittel sind mir bis heute von der Bundesregierung nicht verbindlich zugesagt! Dabei geht es für einen Gesamtzeitraum von zunächst drei Jahren und drei Monaten um weniger als 10 Mio. Euro! Ich meine, dass das für den Bundeshaushalt eine wirklich überschaubare Summe ist, auch in Zeiten der schwarzen Null und der aktuellen Flüchtlingskrise!

Innerhalb des Regierungslagers treffe ich immer wieder – von einigen erfreulichen Ausnahmen abgesehen – auf eine gewisse Interessen- und Hilflosigkeit im Umgang mit meinem Themenfeld. Interessant ist auch, dass ich von Teilen der Opposition oft stärkere inhaltliche Unterstützung als von den Regierungsfractionen bekomme.

Es zeigt mir, dass von großen Teilen der kinderschutzfernen Politik die dringende Notwendigkeit von Aufarbeitung und Prävention von sexualisierter Gewalt gegen Kinder noch immer nicht wirklich verstanden und auch nicht in konsequentes politisches Handeln umgesetzt wird. Die politische Prioritätensetzung in unserem



Themenfeld ist vor dem Hintergrund der Dimension des sexuellen Missbrauchs weiterhin mangelhaft!

Wir brauchen die Absicherung der Fachberatungsstellen – auch für die Prävention!

Ein Trauerspiel ist auch die Situation der Beratungsstellen! Hier haben wir bundesweit weiterhin eine völlig inakzeptable Situation! Wir alle wissen, dass der RTKM den Ländern und Kommunen dringend empfohlen hatte, die spezialisierten Fachberatungsstellen endlich zu stärken. Bis heute aber ist die Verbesserung der personellen und finanziellen Situation der spezialisierten Beratungsstellen die vermutlich am meisten vernachlässigte Empfehlung des RTKM!

Um es klar und deutlich zu sagen: Ohne die wichtige Arbeit und die große Kompetenz der Beratungsstellen kommen wir bei der Eindämmung des sexuellen Missbrauchs in Deutschland nicht weiter!

Dass Beratungsstellen immer stärker nachgefragt werden, bestätigt die neue Expertise von Frau Prof. Kavemann zur Situation der Beratungsstellen und ihrer Bedeutung bei der Prävention, von der ich Ihnen heute einige Ergebnisse exklusiv vorstellen möchte – erwartungsgemäß eher ernüchternd, aber auch spannend und erkenntnisreich zugleich.

Sehr gerne hätte ich anlässlich 20 Jahre Tauwetter angenehmere Ergebnisse präsentiert!

Was ich nach unserer ersten Durchsicht der Expertise zusammenfassend sagen kann, ist, dass Prävention eine immer wichtigere Rolle in der Arbeit der Beratungsstellen einnimmt. Dadurch entstehen gleichzeitig zusätzliche Engpässe bei den Ressourcen.

Die Nachfrage bei Beratungsstellen nach Unterstützung bei der Entwicklung von Schutzkonzepten in Einrichtungen ist stark angestiegen und wird weiter steigen. Die Nachfrage für Beratung von Fachkräften im Einzelfall und fallübergreifend und nach Beratung von Betroffenen und ihren Angehörigen ist ebenfalls stark angestiegen und wird ebenfalls weiter steigen.

Zugleich ernüchternd ist, dass nur weniger als 1/3 der befragten Fachberatungsstellen seit 2010 ihr Budget erhöhen konnten. Über die Hälfte von



diesen sagt, dass die erzielte Erhöhung des Budgets nicht ausreicht und die Mehrzahl aller Fachberatungsstellen dringend Verstärkung bei den personellen Ressourcen benötigt.

Zudem ist der ländliche Raum weiterhin unterversorgt. In Großstädten können die Fachberatungsstellen der Nachfrage nicht gerecht werden. Es gibt immer noch eine Unterversorgung bei der Beratung von betroffenen Jungen und Männern. Angebote für betroffene Frauen und Mädchen sind deutlich häufiger, jedoch keinesfalls ausreichend.

In vielen Regionen mit schlechter Versorgungslage besteht die Bereitschaft von Fachberatungsstellen, beispielsweise Außensprechstunden einzurichten, um ihre Reichweite und Zugänglichkeit zu verbessern. Diese Bereitschaft zu Flexibilität und Engagement wird von Ländern und Kommunen aber kaum aufgegriffen.

Schön zu lesen war, dass eindeutig ein Bedarf an Koordinierung und Vernetzung und an einer Interessenvertretung der Fachberatungsstellen auf Bundesebene besteht. Die Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Konzeptionierung einer Bundeskoordinierung wird begrüßt.

Ich versichere Ihnen, dass wir für die Verbesserung der Lage der Fachberatungsstellen dauerhaft streiten werden. Gemeinsam mit Bundesministerin Schwesig werde ich die Länder mit den von Frau Prof. Kavemann für jedes einzelne Bundesland aktuell festgestellten Defiziten konfrontieren und adäquate politische Reaktionen einfordern.

Anrede

Vieles im Themenfeld ist sehr frustrierend. Die starken Abwehr- und Verdrängungskräfte belasten ungemein. Wir alle brauchen für bessere Hilfen, eine spürbare Stärkung der Beratung, besseren Schutz der Mädchen und Jungen vor sexueller Gewalt und für eine unabhängige Aufarbeitung gemeinsam viel Geduld, Ausdauer und wirklich sehr gute Nerven.

Wir sind aber auch schon ein ganzes Stück weitergekommen! Sexueller Missbrauch ist kein Nischenthema mehr und Betroffene werden gehört. Einrichtungen und Organisationen machen sich auf den Weg zu mehr Prävention.



Ich freue mich deshalb besonders, dass es Beratungsstellen wie Tauwetter, die heute bereits ihren 20. Geburtstag feiert – und die es geschafft hat, mit öffentlichen Geldern jetzt gut gesichert zu sein. Das macht Hoffnung!

Ich wünsche Ihnen allen eine spannende Workshop-Rallye und eine gelungene Geburtstagsfeier! Dem Team von Tauwetter wünsche ich auch weiterhin alles Gute!

Herzlichen Dank für 20 Jahre Tauwetter!